

Niederschrift

über die 17. Sitzung des Integrationsrates am 25.09.2012
(9. Wahlperiode)

Tagesordnung

Seite

Öffentliche Sitzung	3
1 Jugendmigrationsdienst des Rhein-Kreis Neuss stellt sich vor	3
2 Neues Projekt des Mütterzentrums - Frau Schatrauka stellt vor.	3
3 Interkulturelles Fest in 2013	3
4 Kommunale Integrationszentren - Bericht der Verwaltung	3
5 Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 2012 zum Asylberwerberleistungsgesetz Vorlage: FB2/143/2012	4
6 Kooperation mit Vorsitzenden der Fachausschüsse	4
7 Verschiedenes	4
8 Termin der nächsten Sitzung: 23. Oktober 2012	5

Sitzungsort: Bommershöfer Weg 2-8, Meerbusch-Osterath, II. Etage, Sitzungsraum

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 17:40 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Frau Marie-Luise Eichhorst	Integrationsrat
Herr Hans Günter Focken	Ratsmitglied
Frau Loukia Hatzi	Integrationsrat
Frau Helga Hermanns	Ratsmitglied
Herr Jörg Wartchow	Ratsmitglied
Frau Mary Bernadette Weihs	Integrationsrat
Frau Sarah Winter	Ratsmitglied
Frau Ingrid Maas	Ratsmitglied

von der Verwaltung

Frau Bettina Scholten	Fachbereich 2
-----------------------	---------------

Schriftführerin

Frau Anja Flintrop	Fachbereich 2
--------------------	---------------

es fehlen:

Vorsitzender

Herr Hayrettin Polat	Integrationsrat
----------------------	-----------------

Mitglieder

Herr Mohammad Al Jawhar	Integrationsrat
Herr Trevor Bannon	Integrationsrat
Herr Thomas Gabernig	Ratsmitglied
Herr Dr. Eberhard Hartung	Integrationsrat
Frau Ariane Jung	Integrationsrat

Nach der Begrüßung der Anwesenden wird Frau Flintrop auf Vorschlag der Stellvertretenden Vorsitzenden Maas einstimmig zur Schriftführerin des Integrationsrates bestellt.

Im Anschluss daran verweist Stellvertretende Vorsitzende Maas auf das allen vorliegende Schreiben von Herrn Gabernig, mit welchem er unter Bezugnahme auf die gemeinsame Sitzung am 29.08.2012 zum Teilraumentwicklungsplan für die Böhlersiedlung bittet, die Standortfrage für das Familienzentrum zusätzlich auf die Tagesordnung zu nehmen. Frau Maas stellt im Einvernehmen mit den anwesenden Ausschussmitgliedern fest, dass die notwendige Dringlichkeit für die gewünschte Erweiterung der Tagesordnung vor dem Hintergrund der ohnehin noch unklaren politischen Lage und den diversen im Raum stehenden Anträgen nicht gegeben sei. Eine Behandlung des Themas solle jedoch auf der nächsten Sitzung erfolgen.

Öffentliche Sitzung

1 Jugendmigrationsdienst des Rhein-Kreis Neuss stellt sich vor

Der Tagesordnungspunkt wird wegen Erkrankung der Mitarbeiterin des Jugendmigrationsdienstes auf eine der nächsten Sitzungen vertagt.

2 Neues Projekt des Mütterzentrums - Frau Schatrauka stellt vor.

Der Jugendhilfeausschuss hat auf seiner Sitzung am 12.09.2012 die Verwaltung einstimmig mit der Fortführung des AWO-Mütterprojektes beauftragt. Der Sachbericht des Mütterzentrums für den Zeitraum vom 01.07.2011 bis zum 30.06.2012 ist als Anlage beigefügt.

Die aktuelle Berichterstattung musste aus organisatorischen Gründen seitens des Mütterzentrums auf die nächste Sitzung verschoben werden.

3 Interkulturelles Fest in 2013

Wie bereits auf einer der vergangenen Sitzungen diskutiert, soll in 2013 keine interkulturelle Woche, sondern ein eintägige Kulturveranstaltung durchgeführt werden. Nach kurzer Diskussion besteht Konsens, eine Veranstaltung in Anlehnung an das Folklorefestival in Krefeld unter Einbeziehung der örtlichen Gastronomie (Werbegemeinschaften) sowie von Sponsoren für eine Bühne und ein Bühnenprogramm zu initiieren. Die Verwaltung wird gebeten Kontakt zu den Krefelder Organisatoren aufzunehmen und die Realisierung vor dem Hintergrund der notwendigen personellen wie auch finanziellen Ressourcen für Meerbusch zu prüfen. Über das Ergebnis wird auf einer der nächsten Sitzungen berichtet.

4 Kommunale Integrationszentren - Bericht der Verwaltung

Frau Scholten informiert kurz über die beabsichtigte Einrichtung eines kommunalen Integrationszentrums (KIZ) durch den Rhein-Kreis Neuss.

Das zum 01.01.2012 in Kraft getretene Teilhabe- und Integrationsgesetz NRW sieht die Einrichtung Kommunaler Integrationszentren in Trägerschaft der Kreise und kreisfreien Städte vor. Sinn und Zweck ist die Verankerung der Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe und eine Bündelung der mehr als 30jährigen Erfahrungen der RAA sowie der Erkenntnisse aus den Projekten des KOMM-IN Förderprogramms des Landes.

Eine der Voraussetzungen für die Einrichtung und den Betrieb eines KIZ durch den Kreis ist ein durch den Kreistag beschlossenes und zuvor mit den betroffenen kreisangehörigen Gemeinden abgestimmtes Integrationskonzept. Die Arbeit des KIZ soll die kommunale Integrationsarbeit vor Ort unterstützen und ergänzen.

Inwieweit die Stadt Meerbusch trotz dieser landesweiten Entwicklung noch mit KOMM-IN Mitteln zur Erstellung eines eigenen Integrationskonzeptes rechnen kann ist unklar. Zwar sollen nach wie vor Fördermittel aus diesem Programm zur Verfügung stehen, die zukünftigen Fördervoraussetzungen sind jedoch noch nicht bekannt.

Die letzte Sitzungsvorlage für den Sozial- und Gesundheitsausschuss des Rhein-Kreis Neuss zu der o.g. Thematik ist als Anlage beigefügt. Der Beschlussempfehlung wurde einstimmig gefolgt.

5 Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 2012 zum Asylberwerberleistungsgesetz Vorlage: FB2/143/2012

Stellv. Vorsitzende Maas erläutert die Informationsvorlage und geht dabei insbesondere auf die Unterschiede zur bisherigen Regelung ein.

6 Kooperation mit Vorsitzenden der Fachausschüsse

Stellv. Ausschussvorsitzende Maas informiert über das Treffen mit den Ausschussvorsitzenden nach den Sommerferien, an dem alle Vorsitzenden, mit Ausnahme der entschuldigten Ausschussvorsitzenden Kox, teilgenommen hätten. Das Gespräch sei insgesamt konstruktiv verlaufen. Die unaufgeforderte Information der Ausschussvorsitzenden des Integrationsrates zu Themen, die die Belange der Migranten betreffe sei nochmals klar hervorgehoben worden.

In diesem Zusammenhang bittet Ratsherr Focken darum, dass Vorsitzender Polat, der nunmehr kraft Gesetzes beratendes Mitglied des Jugendhilfeausschusses sei, künftig auch regelmäßig über dessen Sitzungen berichten möge.

7 Verschiedenes

Ratsherr Focken informiert darüber, dass das Jugendcafé nunmehr nicht wie vorgesehen am Alten Güterbahnhof realisiert werden könne.

Der Integrationsrat unterstützt nach kurzer Erörterung mehrheitlich den Auftrag des Jugendhilfeausschusses an die Verwaltung, zeitnah eine Alternative zur Realisierung eines Jugendcafés zu finden.

8 Termin der nächsten Sitzung: 23. Oktober 2012

Unter erneuter Bezugnahme auf das Schreiben von Ratsherrn Gabernig schlägt Stellv. Ausschussvorsitzende Maas vor, eine Sondersitzung für den 23.10.2012 vorzusehen. Dem Vorschlag wird einstimmig gefolgt. Neben der Standortproblematik für das Familienzentrum in der Böhlersiedlung soll ein Vortrag der RAA Essen zum Teilhabe- und Integrationsgesetz sowie eine Information durch die Stellv. Ausschussvorsitzende zum Thema Zwangsehe für die Tagesordnung vorgesehen werden.

Meerbusch, den 23. Oktober 2012

Ingrid Maas

Anja Flintrop
Schriftführer/in